

Artur Pech

Die Verhältnisse ändern!

Beitrag zur Eröffnung der Mitgliederversammlung des Karl-Liebknecht-Kreises in der LINKEN Brandenburg, Sonntag, den 24. 09.2023

Am 16. September hat der Bundesausschuss seinen Vorschlag für die Kandidatenliste der LINKEN zum Europaparlament 2024 beschlossen.

Entschieden wird darüber im zweiten Teil des Bundesparteitages in Augsburg.

Und zwei Tage vor der Beschlussfassung im BA über die Kandidatenliste hat der Parteivorstand den Entwurf eines Wahlprogramms vorgelegt.

Wie in der Vergangenheit schon oft praktiziert, werden so mit der Entscheidung über Personen Richtungsentscheidungen getroffen, aber vorher nicht diskutiert.

Nach der schon vor einem Jahr von den Vorsitzenden vorgelegten „Erzählung Europawahl 2024“ ist der Hauptgrund für die Notwendigkeit einer „*Weiterentwicklung unserer europapolitischen Positionen*“ in den „*Bedrohungen durch einen autoritären Kapitalismus im Sinne Putins*“¹ zu sehen.

Als ich das las, kamen mir die Worte Karl Liebknechts in den Sinn, mit denen er während des ersten Weltkrieges eine solche Politik charakterisierte:

*„Würden die deutschen Sozialisten z. B. die englische Regierung und die englischen Sozialisten z. B. die deutsche Regierung bekämpfen, so wäre das eine Farce oder Schlimmeres... Eine solche Sorte Politik ist Kriegshetzerei und nicht Klassenkampf, sondern das Gegenteil davon.“*²

Im Entwurf des Wahlprogramms wird an die Stelle einer Analyse der Politik der Europäischen Union und der Interessen, denen diese Politik folgt, die Beschreibung eines Stimmungsbildes in der Wählerschaft gesetzt, von dem linke Politik dann ausgehen soll.

Das folgt der vor einem Jahr von den Parteivorsitzenden vorgelegten Erzählung. Danach bringe die EU trotz aller Fehler im Alltag mehr Vorteile als Nachteile und der Frieden innerhalb der EU-Grenzen sei eine historische Errungenschaft.ⁱ

¹ Vorlage 2022/272 Erzählung Europawahl 2024, S. 1

² Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Berlin 1971 Bd. 9, S. 17

Bedauernd wurde konstatiert, dass die Zustimmung zur EU sinkt und die Stärkung ihrer Institutionen als Voraussetzung für ihre globale Wirksamkeit betrachtet.

Wenn es heißt, die „nationalen Regierungen und die EU-Kommission haben nicht den Mut sich mit Reichen und Konzernen anzulegen“, dann ist eine linke Position verloren gegangen, denn die Erkenntnis, daß die „moderne Staatsgewalt nur ein Ausschuß“ ist, „der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet“ ist schon seit 1848 nachlesbar.³

Diese Richtung wird mit den vorliegenden Entwurf für ein EU-Wahlprogramm fortgesetzt und darüber hinaus werden „linke“ Vorschläge für den Wirtschaftskrieg gegen Russland unterbreitet, die in der Realität bereits gescheitert sind.

„Die Forderung, Russland möge sich mitten im Krieg bedingungslos aus besetzten Gebieten zurückziehen, um damit Kiew den vom Westen versprochenen Weg zum NATO-Beitritt frei zu machen, ist als Friedensangebot nicht ernst zu nehmen.“⁴ Diese Kritik von Daniela Dahn an der deutschen Regierungspolitik trifft – anders als manche Formulierungen aus der LINKEN – den Kern.

Die Europäische Union befindet sich in einer mehrfachen Krise. Geschaffen, um die globale „Wettbewerbsfähigkeit“ der „europäischen“ Konzerne zu verbessern, wird jetzt konstatiert: „Die Position der EU als globale wirtschaftliche Großmacht ist zunehmend gefährdet“⁵.

Nahm die EU in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts im globalen Ranking mit einem Anteil von über 20% am kaufkraftbereinigten Bruttoinlandsprodukt noch Platz 1 ein, ist sie nun hinter die Volksrepublik China und die USA auf Platz drei zurückgefallen.

Die gegen die Weltherrschaft des Dollarsystems gerichteten Neuordnungsprozesse im Globalen Süden zeigen, dass die Zeiten der Unterordnung vorbei sind. Selbst die FAZ hat erkannt, dass die Entwicklung der BRICS „ein Symptom einer grundlegenden Neuverteilung der globalen Machtverhältnisse darstellt... „Die Vorstellung, dass sich Aufsteiger wie China in die bestehenden Strukturen eingliedern lassen, hat sich nicht erfüllt. Stattdessen kommt es zur

³ Manifest der Kommunistischen Partei, MEW Bd. 4, S. 464

⁴ <https://www.freitag.de/autoren/daniela-dahn/un-vollversammlung-die-politischen-graeben-dieser-welt-werden-sichtbar> (Der Freitag, Ausgabe 38/2023)

⁵ Europäische Wettbewerbsfähigkeit. Potenziale nutzen, um nachhaltig zu wachsen, IW Report 20/2022, Köln 25.02.2022 S. 3

Konkurrenz der Ordnungsentwürfe. In Osteuropa wird sie derzeit gewaltsam ausgetragen...

Da die westliche Vorherrschaft ihren Höhepunkt schon überschritten hat, ist das letztlich ein Nachhutgefecht. In vielen Gesellschaften außerhalb Europas, vor allem den wirtschaftlich erfolgreichen, hat sich ein neues Selbstbewusstsein herausgebildet, das westliche Belehrungen und Zielsetzungen nicht mehr hinnimmt, sondern stärker auf eigene Interessen achtet. Das ist ein Grund, warum sich selbst demokratische Länder wie Brasilien, Indien oder Südafrika in der Ukrainefrage neutral verhalten.“⁶ – Zitatende.

Den Krieg in der Ukraine als „Nachhutgefecht“ im Kampf um die globale Vorherrschaft zu bezeichnen – dass sollte sich mal in Linker in der LINKEN wagen!

Da ist diese Zeitung schon einmal deutlich klüger als der Entwurf des Wahlprogramms, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, „mit Ländern wie China, Indien und Brasilien diplomatischen Druck auf Russland auszuüben“.⁷

Eine linke Forderung an die Bundesregierung wäre es dagegen, von der Beteiligung an der US-Amerikanischen Kriegsvorbereitung gegen China abzulassen, wie sie gegenwärtig tatsächlich praktiziert wird. Der globale Süden weiß sehr wohl, warum er sich nicht in den Stellvertreterkrieg der NATO gegen Russland oder einen zukünftigen gegen China hineinziehen lassen will.

Vor diesem Hintergrund werden (fast) alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den Niedergang aufzuhalten. Das ist der tiefere Grund des Strebens nach „strategischer Autonomie“. Dem Positionsverlust soll auch mit militärischen Mitteln und mit den Mitteln des Wirtschaftskrieges begegnet werden. Die Weichenstellungen reichen bis weit vor den Beginn des Krieges in der Ukraine zurück. Aber gerade im Angesicht dieses Krieges, der sehr schnell in eine globale Katastrophe münden kann, gehört der Frieden in den Mittelpunkt nicht nur des Wahlprogramms, sondern der ganzen politischen Arbeit der LINKEN.

Da ist Seite 58 des Wahlprogramms – gleich nach der Forderung für mehr Tierschutz – eindeutig nicht angemessen.

Auf Seite 61 des Entwurfs wird richtig festgestellt: „Die von EU-Kommission und Bundesregierung verfolgte Version einer „strategischen Autonomie“ soll der EU vor allem die Möglichkeit geben, militärisch global zu agieren.“

⁶ Nikolas Busse, Der Gegenpol FAZ 22.08.2023 S. 1

⁷ Entwurf, S. 59

Vermieden wird jedoch die Erkenntnis, dass es sich dabei um den Versuch der Verteidigung der schwindenden Vormacht mit militärischen Mitteln, letztlich also auch durch Krieg handelt. Soviel auch zur moralischen Bewertung von „Verteidigung“ und Verteidigungskrieg.

Wie nach außen, so auch nach innen: Die Widersprüche innerhalb der EU haben sich verschärft. Mit Großbritannien ist erstmals ein Mitglied aus der EU ausgeschieden. Und im Gegensatz zu den öffentlichen Deklarationen sind auch in der EU die Unterschiede größer geworden. Der Abstand des höchsten vom geringsten BIP pro Kopf zwischen den Staaten der EU hat sich vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2022 annähernd verdoppelt.⁸

Damit einher geht in der ganzen Europäischen Union eine unübersehbare politische Rechtsentwicklung. Bei deren Beurteilung werden die tatsächlichen Verhältnisse gerne verkehrt.

Wo Ängste aus drohenden Existenzverlusten erwachsen und an der obwaltenden Demokratie verzweifeln lassen, werden Menschen den demagogischen rechten Rattenfängern regelrecht zugetrieben. Und wenn sie dann zu (mindestens verkappten) Nazis erklärt werden, hat die Selbstgefälligkeit einen Gipfel erreicht.

Das schrieb übrigens am 24. August die FAZ den sogenannten „Eliten“ mit den Worten ins Stammbuch, das „Motiv der Zuwendung zur AfD ist der Eindruck, es mit einer zunehmend abgehobenen politischen und intellektuellen Elite zu tun zu haben, die die Sorgen der Bürger nicht mehr versteht und auch nicht willens oder in der Lage ist, sich mit ihnen zu verständigen. Daraus erwächst offenbar bei vielen das Bedürfnis, es ‚denen‘ einmal richtig zu zeigen.“⁹

In der vorigen Woche gab es im Brandenburger Provinzialfernsehen eine Umfrage zur Landtagswahl. Da erzielte die AfD mit 32% das stärkste Ergebnis, mit 20% die SPD das zweitstärkste. Dass muss man sich mal verdeutlichen.

Nur noch 8% der Befragten sagen, sie würden DIE LINKE wählen. Und zugleich sagt mehr als die Hälfte von ihnen, sie würden es gut finden, wenn es eine Wagenknecht-Partei gäbe.

Da hilft die Selbstgewissheit, doch die richtigen Antworten zu haben, nicht weiter. Die Praxis ist das Kriterium der Wahrheit. Und da ist zu konstatieren:

⁸ Die zugrunde liegenden Zahlen sind in Kaufkraftstandards (KKS) ausgedrückt, einer einheitlichen Währung, die Preisniveauunterschiede zwischen Ländern ausgleicht und damit aussagekräftige BIP-Volumenvergleiche erlaubt. Quelle: © Statistisches Bundesamt (Destatis), 2022 | Stand: 31.07.2023 / 01:09:43

⁹⁹ FAZ 24.08.2023 S. 10.

DIE LINKE hat versagt. Ohne Korrekturen, die aus der Sackgasse führen ist da nicht herauszukommen. Eine gescheiterte Politik wird nicht erfolgreich, wenn sie in Geschlossenheit vertreten wird. Und wortreiche Erklärungen, wir hätten doch schon immer alles richtig gemacht, sind bestenfalls Selbstbetrug.

Bei der genannten Umfrage ging es auch darum, was die Leute umtreibt, wo sie ihre Probleme sehen.

Erstes Problem war Heizungsgesetz, Energiepolitik, sagten 27%

Zweites Problem waren Zuwanderung, Flucht, sagten 19%.

Drittes Problem war Ukraine-Krieg – sagten 14%.

Viertes waren Inflation und Preise, sagten 13

Und das letzte auf dieser Liste waren Klimawandel und Umwelt, sagten 11 %.

Das heißt, wir können über Antifaschismus reden, wie wir wollen: So lange wir auf diese Fragen keine Antworten haben, die uns von der AfD abheben und die uns die Leute abnehmen, solange werden wir Misserfolge haben.

Es wird Zeit den Tatsachen ins Auge zu sehen: Das Gerede von der Brandmauer ist eine Schutzbehauptung, die am eigentlichen Problem vorbeigeht. Es lenkt auch davon ab, dass im Schutze dieser „Brandmauer“ alle – wirklich alle – ihre althergebrachte Politik fortsetzen, die erst die AfD so stark gemacht hat. Es ist eine Flucht vor der Verantwortung die so lange zu funktionieren schien, bis die Flammen in Direktwahlen in der Konstellation „alle gegen die AfD“ über diese Brandmauer schlugen. Den geringsten Anteil daran hat die AfD. Fällig ist das Eingeständnis, dass die „demokratischen Parteien“ allesamt ihre jeweilige Politik ändern müssen, damit der AfD nicht mehr die von dieser Politik gebratenen Tauben ins Maul fliegen. Diese Politik muss sich ändern.

Insgesamt folgt der Programmentwurf zur EU-Wahl einem Ansatz, der schon mehrfach gescheitert ist – auch wenn sich darin korrekte Aussagen finden.

Und zumindest ich habe da den Eindruck, dass in Teilen der LINKEN Unbelehrbarkeit dominiert.

Eine Auseinandersetzung mit Details würde dazu führen, den Wald vor lauter Bäumen nicht zu sehen.

Gebraucht wird ein linkes Gegenprogramm, dass die Sorgen der Menschen ernst nimmt und sich nicht in verbalen eurokratischen Pirouetten verliert, die außer ihren Schöpfern kaum jemanden interessieren.

Abschließend noch ein Wort zur Kandidatennominierung. Unsere Stellungnahme (Netzwerk „Was tun?!) dazu hat ja einigen Wirbel verursacht.

In unserer Erklärung heißt es: *„Wenn die von Carola Rackete mustergültig gelebte Solidarität mit den Opfern der EU-Abschottungspolitik im Mittelmeer mit der Anschlussfähigkeit an die Kriegspolitik der EU verbunden wird und wesentliche Teile der Begründungen für die Kriegspolitik der EU übernommen werden, dann wird jede Orientierung und die Reflexionsfähigkeit der Partei DIE LINKE verloren gehen. Denn die Menschen, deren Leben Carola Rackete im Mittelmeer rettete, sind Opfer der auch von der EU betriebenen Ausplünderung des globalen Südens.“*

Gerade in diesem Zusammenhang noch etwas zum sozialistischen Internationalismus in der Migration.

In den öffentlich wahrnehmbaren Debatten um die Migration werden das Asylrecht, die Abwehr unwillkommener Menschen (sogenannter Wirtschaftsflüchtlinge) und die Behebung eines sogenannten Fachkräftemangels durch die Abwerbung qualifizierter Personen aus dem Ausland miteinander verschränkt. So verschieden diese Fragen erscheinen, haben sie doch dieselben Ursachen.

Tatsächlich bewirkt Migration im modernen Kapitalismus eine „Verlierer-Verlierer“ Situation. Den ärmeren Ländern wird ein Teil der Reproduktion der Arbeitskraft aufgezwungen, um die sie dann betrogen werden – und in reicheren Ländern wird durch größeres Angebot der Preis gedrückt.

Die Werte der Arbeitskraft – und nicht erst ihre von Angebot und Nachfrage beeinflussten Preise – unterscheiden sich von Land zu Land. Das ist vor allem eine Frage der Ökonomie und nicht der Moral. Für die Ware Arbeitskraft gelten die Gesetze der kapitalistischen Ökonomie, so wie für alle anderen Ware auch

Der von internationalistischen Positionen getragene Kampf um die vollständige Gleichbehandlung der Menschen, die in Einwanderungsländer kommen, richtet sich letztlich gegen eine Seite der Verwertung dieses Unterschieds. Die vollständige Gleichbehandlung (Nicht-Diskriminierung) ist aber **nur eine Bedingung** für die Abwehr von Lohndumping durch Einwanderung. Auch die vollständige Gleichbehandlung ändert nichts daran, dass der Import von Arbeitskräften durch die Vergrößerung des Angebots der Ware Arbeitskraft auf deren Preis (Lohn/Gehalt) drückt.

Es kommt hinzu: Die Gesellschaften in Einwanderungsländern profitieren selbst bei der vollständigen Durchsetzung der Nichtdiskriminierung von der Ausbeutung der Herkunftsländer, die den Aufwand für die Reproduktion der Arbeitskraft vollständig oder zu einem erheblichen Teil tragen und der unter großen Anstrengungen entwickelten Potentiale mit der Auswanderung verlustig gehen.

Diese Ausplünderung treibt die Migration. Deren gewünschter Teil („Fachkräfte“, Ärzte usw.) ist willkommen. Der ungewünschte Teil wird mit administrativen, polizeilichen und militärischen Mitteln bekämpft. Interessengeleitet soll der Kampf gegen diese Opfer der kapitalistischen Ökonomie dann als Durchsetzung des Rechts verkauft werden. Das ist letztlich eine Frage des Maximalprofits. Rassismus und ähnliche Begleiterscheinungen sind nachrangig. Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen der Bereicherung eines Landes auf Kosten des anderen und der Bereicherung einer Klasse auf Kosten einer anderen im Lande. Wer nicht begreifen kann, wie ein Land sich auf Kosten des anderen bereichern kann, wird noch weniger begreifen, „wie innerhalb eines Landes eine Klasse sich auf Kosten einer anderen bereichern kann.“

In den „Zielländern“ wird so der Preis der Arbeitskraft gedrückt. Das ist klassischer Imperialismus, eine moderne Form der Ausplünderung.

Noch immer gilt, was schon Karl Marx entdeckte: Auch die Migration wird das Elend der arbeitenden Massen nicht beseitigen, sondern umgekehrt, auf der gegenwärtigen falschen Grundlage wird auch sie die sozialen Kontraste vertiefen und den sozialen Gegensatz zuspitzen.¹⁰

Nicht die Erklärungen müssen sich ändern, diese Verhältnisse müssen überwunden werden. Aber so konkret stellt DIE LINKE die soziale Frage, die Systemfrage schon lange nicht mehr. Das müssen wir ändern.

ⁱ Vorlage 2022/272: Für eine starke Linke in Europa - für ein linkes Europa. Erste Überlegungen zur kommunikativen Rahmung unseres Europawahlkampfes 2024, S. 1f.

ⁱ Inauguraladresse der internationalen Arbeiter-Assoziation, MEW Bd. 16 S. 9f.